

**Anfrage**

des Abgeordneten Mag. Helmut Hofer-Gruber an LH-Stellvertreter für Infrastruktur und Sport  
Udo Landbauer, MA gemäß § 39 Abs. 2 LGO 2001

betreffend: Symbolpolitik oder Sicherheitsstrategie? – Fragen zur Beobachtungsstelle  
Politischer Islam

Bei einer Pressekonferenz am 30. Jänner 2025 haben Sie gemeinsam mit Ihrer  
Landeshauptfrau Mag.<sup>a</sup> Johanna Mikl-Leitner, einen sogenannten „Aktionsplan gegen  
radikalen Islam“ präsentiert. Dieser Aktionsplan sieht unter anderem die Einrichtung einer  
„Beobachtungsstelle Politischer Islam in Niederösterreich“ vor. Diese Einrichtung wurde  
öffentlichkeitswirksam angekündigt und als zentrale Maßnahme zur Bekämpfung  
radikalislamischer Strömungen im Bundesland Niederösterreich dargestellt.

In der Begründung zum Antrag mit der Landtagszahl 679 (<https://noe-landtag.gv.at/gegenstaende/XX/XX-679>) wird diese Maßnahme zwar erneut erwähnt,  
jedoch finden sich weder im Antragstenor noch im vorgelegten Gesetzesentwurf konkrete  
Angaben zur rechtlichen Ausgestaltung, zur organisatorischen Struktur oder zu den  
Aufgabenbereichen der genannten Einrichtung. Auch die personelle Zusammensetzung sowie  
mögliche Kooperationsstrukturen mit bereits bestehenden Institutionen auf Bundes- oder  
Landesebene bleiben unklar.

Angesichts der weitreichenden sicherheits- und integrationspolitischen Bedeutung der  
angekündigten Maßnahme sowie ihrer potenziellen Auswirkung auf Grundrechte und  
gesellschaftliche Integration besteht ein erhebliches öffentliches Interesse an mehr  
Transparenz hinsichtlich der geplanten Umsetzung.

**Anfrage**

1. Auf welcher gesetzlichen Grundlage beruht die „Beobachtungsstelle Politischer Islam  
in Niederösterreich“?
2. Wer wird diesem Gremium angehören, und nach welchen Kriterien werden dessen  
Mitglieder ernannt?
3. Ist eine Zusammenarbeit dieser Stelle mit bestehenden Einrichtungen in Österreich  
vorgesehen, die sich mit der Beobachtung und Dokumentation radikaler Tendenzen  
befassen (etwa dem "Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands", der in  
Wien etablierten "Dokumentationsstelle Politischer Islam" oder dem vom BMI  
koordinierten "Bundesweiten Netzwerk Extremismusprävention und  
Deradikalisierung")?
4. Erwarten Sie sich durch die Beobachtung und Dokumentation radikaler Strömungen  
konkrete Fortschritte bei der Integration von Zuwanderern in unsere Gesellschaft?
  - a) Wenn ja, warum?

Bitte um vollständige Beantwortung aller Fragen entlang der Punktation.